



Gemeinderat Bettmeralp
3992 Bettmeralp

Bettmeralp, 22. Juni 2020

Ihr Schreiben vom 18. Juni 2020 – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Eyholzer, sehr geehrter Herr Fux

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 18. Juni 2020.

Erlauben Sie uns, hier zu zuerst einmal etwas ausführlichere Gedanken zu äussern, bevor wir konkret auf den Inhalt Ihres Schreibens eingehen.

Jahrzehntelang interessierte es die Berggemeinden praktisch gar nicht, ob die Zweitwohnungsbesitzer ihre Wohnungen regelmässig, nur gelegentlich oder gar nicht vermieten. Relevant war für die Gemeinden nur, dass durch die rege Bau- und später auch Renovationstätigkeit Steuer- und Gebühreneinnahmen erzielt werden konnten. Mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative am 11. März 2012 änderte sich die Wahrnehmung der Gemeinden jedoch völlig. Auf einmal fielen die entsprechenden Einnahmen quasi über Nacht weg, indem die (teilweise auch überbordende) Bautätigkeit in den Tourismusgebieten zum Erliegen kam. Die Gemeinden mussten oder wollten den Einnahmefall kompensieren und nahmen hierfür (wiederum) die Zweitwohnungsbesitzer ins Visier. Durch massive Steigerungen der Kurtaxen sollten nun Mehreinnahmen erzielt und die Zweitwohnungsbesitzer neuerdings faktisch zur Vermietung gezwungen werden. Ausgerechnet die Zweitwohnungsbesitzer also, welche seit Jahren oder gar Jahrzehnten treue Gäste sind und durch Ihren Konsum und Ihre Bauausgaben massgeblich zum Wohlstand in den Gemeinden beigetragen haben. Dies führte dazu, dass sich die Zweitwohnungsbesitzer zu Interessengemeinschaften zusammenschlossen und begannen, die aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Erhöhung der Kurtaxen auch auf juristischem Weg zu bekämpfen. Hieraus resultierte eine grosse Anzahl von Entscheidungen des Bundesgerichts, welche grossmehrheitlich zu Gunsten der Zweitwohnungsbesitzer bzw. der entsprechenden Klägerschaft ausfielen (ob man hierbei von "Siegen" oder "Niederlagen" sprechen will oder nicht, ist aus unserer Sicht völlig unerheblich). Es führte jedoch leider und fast zwangsmässig auch zu einer Verhärtung der Fronten zwischen den jeweiligen Gemeindebehörden und den Zweitwohnungsbesitzern (notabene auch Steuerzahler in den entsprechenden Gemeinden und Kantonen) und teilweise sogar zu Boykotten des lokalen Gewerbes durch die Zweitwohnungsbesitzer (vgl. etwa die Region Silvaplana/GR).

Es ist nicht so, dass wir die Anliegen und finanziellen Bedürfnisse der Berggemeinden nicht bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen können und glücklicherweise sind wir auf der Bettmeralp offenbar (noch) nicht so weit, dass die Gemeindebehörden und die Interessengemeinschaft der Zweitwohnungsbesitzer gar nicht mehr miteinander sprechen oder dass gar "Boykottmassnahmen" seitens der Zweitwohnungsbesitzer drohen (der Vorstand der IG Bettmeralp hat sich denn vereinsintern auch immer explizit *gegen* solche Massnahmen



IG Zweitwohnungen Bettmeralp

ausgesprochen), zumindest nicht unmittelbar. Leider stellen wir aber auch fest, dass die Bereitschaft bzgl. Kurtaxe aufeinander zuzugehen und insbesondere eine Kompromisslösung zu suchen, auf Seiten der Gemeindebehörden der Bettmeralp nicht vorhanden ist bzw. noch nie war. Bereits mit unserem Schreiben vom 28.11.2019, also unmittelbar nach der Urabstimmung, haben wir Ihnen ein Schreiben mit u.a. folgendem Anliegen zukommen lassen: "Wir erwarten nun, dass wir bei bevorstehenden Gesprächen über das weitere Vorgehen von Anfang an mit einbezogen werden. Dies wurde uns anlässlich eines Gespräches mit dem Gemeinderat zugesichert". Dieses Anliegen haben wir in der Folge in jedem Gespräch und in jedem Schreiben wiederholt, ohne je Gehör zu finden. Es wurde, vermutlich ausschliesslich zusammen mit der RWO AG, weiter an einem neuen Kurtaxenreglement gearbeitet, ohne uns indes miteinzubeziehen. Nun sollen die Zweitwohnungsbesitzer also erneut wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Diese Entwicklung bedauern wir ausserordentlich.

Nun zu Ihrem Schreiben: Sie führen darin u.a. aus, dass die Anzahl der Übernachtungen, welche der Kurtaxenpauschale zugrunde liegt, das Resultat entsprechender Erhebungen und deshalb nicht diskutabel sei. Gleichzeitig weigern Sie sich aber seit mehreren Jahren, die entsprechenden Zahlen offenzulegen, obwohl sie hierzu gesetzlich verpflichtet wären. Weiter scheint die Gemeinde Bettmeralp die langjährige bundesgerichtliche Rechtsprechung, auf welche wir Sie bereits mehrfach hingewiesen haben, zu negieren, indem sie mit Zahlen operiert, welche vom Bundesgericht für vergleichbare Tourismusdestinationen auch nie nur annähernd gutgeheissen wurden. Auch hier sei noch einmal daran erinnert, dass die (allermeisten) Restaurants und Geschäfte sowie die Bahnen auf der Bettmeralp bzw. in der ganzen Aletsch Arena während rund 4 Monaten geschlossen sind. Wie man unter diesen Umständen auf solche Übernachtungszahlen kommen und von einer "Ganzjahresdestination" sprechen kann, bleibt für uns völlig schleierhaft und nicht nachvollziehbar. Man wird den Eindruck denn auch nicht los, dass die Gemeinde Bettmeralp (oder ist es die RWO AG?) den Gang vor Bundesgericht (und eine eventuelle "Niederlage" vor dem höchsten Schweizer Gericht) richtiggehend "sucht".

Eine Kurtaxenpauschale weist immer gewisse Ungenauigkeiten auf, deshalb handelt es sich ja auch um eine Pauschale. Sie bietet jedoch den Vorteil einer Vereinfachung der Erhebung sowie der Budgetplanung. Gerade weil eine Pauschale auch mit diversen Ungenauigkeiten und Annahmen behaftet ist, steht sie dem Verhandlungsweg zwischen den involvierten Parteien durchaus offen. Wenn Sie nun in ihrem Schreiben ausführen, dass eine entsprechende Lösung niemals für alle gleichermassen "treffend" sein könne, so stimmt dies grundsätzlich. Indem Sie jedoch planen, die Hauptlast der geplanten, zusätzlichen Einnahmen (wofür eigentlich genau?) allein durch eine immer noch massive Erhöhung der Kurtaxe auf die Schultern der Zweitwohnungsbesitzer und der Gäste im Allgemeinen zu verteilen, dann kann beileibe nicht mehr von einer fairen und ausgeglichenen Lösung gesprochen werden.

Sehr viele Zweitwohnungsbesitzer sind verärgert und verzweifelt. Der Vorstand erhält laufend entsprechende Rückmeldungen seiner zahlreichen Mitglieder, welche offen mit einem entsprechenden Boykott des lokalen Gewerbes als ultima ratio "drohen", sollte die Gemeinde ihre Politik gegenüber den Zweitwohnungsbesitzern nicht überdenken und endlich aufhören, sie als "Milchkühe" für die Gemeinde- bzw. Tourismusausgaben zu betrachten. Noch einmal sei erwähnt, dass der Vorstand jedoch *gegen* einen solchen Boykott ist.

Wenn Sie nun weiter ausführen, der Gemeinderat erachte die IGZW Bettmeralp nicht als alleinige Vertretung der Zweitwohnungsbesitzer auf der Bettmeralp, so ist dies grundsätzlich korrekt, denn tatsächlich sind wohl nicht alle Zweitwohnungsbesitzer Mitglieder der IG. Tatsache ist jedoch, dass über 200 Zweitwohnungsbesitzer ein Mitgliedsformular unterzeichnet haben und die IG somit ganz sicher die Mehrheit der Zweitwohnungsbesitzer vertritt. Ganz unabhängig davon, ob jemand aber nun Mitglied der IG ist oder nicht, so haben



IG Zweitwohnungen Bettmeralp

wir noch nie von einem Zweitwohnungsbesitzer oder einer Zweitwohnungsbesitzerin gehört, welche mit der geplanten, massiven Kurtaxenerhöhung einverstanden wäre.

Die Behauptung, wonach es bezüglich Kurtaxenerhöhung angeblich auch "andere Meinungen" unter den Zweitwohnungsbesitzern gebe, können wir somit nicht nachvollziehen.

Den Hinweis, die IG hätte halt auch solche Zweitwohnungsbesitzer in den Vorstand wählen sollen, welche ihre Wohnung oder ihr Chalet regelmässig(er) vermieten, erachten wir als absolut unangebrachte Einmischung ihrerseits in die Abläufe unseres Vereins. Ausserdem ist dies auch keine Anforderung für eine Tätigkeit im Vorstand, wir legen das Augenmerk vielmehr auf die Kompetenz und Fähigkeiten der interessierten Personen. Dies wird sicher auch bei politischen Gremien nicht anders sein. Wir sind nämlich, genauso wie die Gemeindebehörden, allesamt ehrenamtlich für den Vorstand tätig und auch wir würden uns nach Feierabend lieber mit anderen Dingen als Bundesgerichtsentscheiden, Übernachtungszahlen und Stellungnahmen an die Gemeindebehörde auseinandersetzen. Es ist also, wie in allen ehrenamtlichen Gremien, sehr schwierig, überhaupt Personen zu finden, welche einen Teil ihrer Freizeit für eine gemeinsame Sache "opfern". Der weitere Vorwurf, der Vorstand stelle nur seine "eigenen Interessen" in den Vordergrund, wenn er die massive Erhöhung der Kurtaxe "bekämpfe", ist denn auch als völlig unzutreffend und deplatziert zu bezeichnen. Die IGZW Bettmeralp reicht den Gemeindebehörden mit diesem Schreiben ein weiteres und, vielleicht für die nächste Zeit ein letztes Mal, die Hand, um *endlich* gemeinsam eine ausgewogenere und faire Lösung zu finden. Ein Mediator oder eine Mediatorin hätte hierbei sicher eine wertvolle Hilfe sein können, zumal dieser Vorschlag auch bereits von Medienseite gemacht wurde. Sollte der Gemeinderat jedoch der Meinung sein, es sei für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde und den Tourismus in der gesamten Aletsch Arena besser, die Zweitwohnungsbesitzer weiterhin nicht ins gemeinsame Boot zu holen und stattdessen lieber vor Bundesgericht zu prozessieren, dann sind dem Vorstand und der ganzen IG in dieser Angelegenheit leider definitiv die Hände gebunden.

Mit nachdenklichen Grüssen

Edgar Müller
Präsident

Michel Iff
Vizepräsident

PS. In diesem Tagen erreicht uns auch noch die Mitteilung, dass die Aletsch Bahnen die Sommerpreise ab dieser Saison stark erhöhen werden. Wie man mit einer Preiserhöhung bei gleichbleibender Leistung (die neue Zubringerbahn auf die Fiescheralp einmal ausgenommen) mehr Gäste ansprechen will, bleibt für uns schleierhaft. Ob eine solche Massnahme in (Nach)Corona-Zeiten ausserdem wirklich angezeigt ist, wagen wir doch stark zu bezweifeln. Als Aktionäre der Bettmeralp Bahnen hätten es die Gemeinden theoretisch auch in diesem Punkt in der Hand, entsprechend Gegensteuer zu geben. Die Gemeinden und damit die Steuerzahler sollten u.E. nämlich nie bloss der "verlängerte Arm" der Bergbahnen sein, unbesehen davon, wie wichtig die Bergbahnen als Arbeit- und Auftraggeber für die Gemeinden sind. Auch einen möglichen Ausbau der Beteiligung der Bergbahnen an den Kurtaxeneinnahmen lehnen wir aus diesem Grund entschieden ab.